

Pulsnitzer Tageblatt

Verleger: 18. Tel.-Nr.: Tageblatt Pulsniz
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Wochenblatt Post-Konten: Pulsnitzer Post, Pulsniz und
Commerz- und Privat-Post, Zweigstelle Pulsniz



Er erscheint an jedem Werktag
Im Falle höherer Gewalt — Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung
des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezahler
seinen Anspruch auf Befreiung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rück-
zahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei
Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend

Anzeigen-Grundzahlen in RM: Die 42 mm breite Beitzzeile (Masse's Zeilenmesser 14)
RM 0.25, in der Amtshauptmannschaft Ramenz RM 0.20. Amtliche Zeile RM 0.75
und RM 0.60. Reklame RM 0.60. Tabellarischer Satz 50 % Anschlag. — Bei
zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen
gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preismachlag in Anrechnung
Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Ramenz, des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsniz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortshäusern des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsniz, Pulsniz M. S., Großröhrensdorf, Brenzig, Hauswalde, Chorn, Oberheina, Niederheina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Wittelbach, Großnaundorf, Richtenberg, Klein-Dittmannsdorf
Geschäftsstelle: Pulsniz, Albertstraße Nr. 2 Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Inh. F. W. Mohr) Schriftleiter: F. W. Mohr in Pulsniz

Nummer 20

Montag, den 25. Januar 1926

78. Jahrgang

Amthlicher Teil.

Ueber das Vermögen des Bandfabrikanten **Alfred Max Wehig** in Pulsniz i. S., Dreherstraße 17, wird heute am 23. Januar 1926, nachmittags 1/1 Uhr das Konkursverfahren eröffnet.

Der Privatmann **Friedrich Paul Feister** in Pulsniz wird zum Konkursverwalter ernannt.

Konkursforderungen sind bis zum **13. Februar 1926** bei dem Gericht anzumelden. Es wird zur Beschlussfassung über die Verbeibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters sowie über die Beistellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die im § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf **den 22. Februar 1926**, vormittags 9 Uhr vor dem unterzeichneten Gerichte Termin anberaumt.

Wer eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz hat oder zur Konkursmasse etwas schuldig ist, darf nichts an den Gemeinschuldner verabsolgen oder leisten, muß auch den Besitz der Sache und die Forderungen, für die er aus der Sache abgeforderte Befriedigung beansprucht, dem Konkursverwalter bis zum 13. Februar 1926 anzeigen.

Amtsgericht zu Pulsniz.

In dem Konkursverfahren **Behrer & Co.** in **Großröhrensdorf** soll die Schlussverteilung erfolgen, wozu 1869,03 RM verfügbar sind. Hiervon sind noch abzuziehen die Gerichtskosten und die Verwaltergebühren.

Zu berücksichtigen sind 416,32 RM bevorrechtigte und 26 390,15 RM nicht bevorrechtigte Forderungen.

Das Verzeichnis der zu berücksichtigenden Forderungen ist auf der Gerichtsschreiberei des Amtsgerichts Pulsniz zur Einsicht niedergelegt.

Großröhrensdorf.

Ortsrichter **Wagner**, Konk.-Verw.

Das Wichtigste

Die Vertreter der sozialdemokratischen Partei und der Kommunisten beschließen in einer Sitzung in der Frage der Entschädigung der privatrechtlichen Ansprüche der deutschen Flüchtlinge im Reichstag einen Volksentscheid zu beantragen. Der Rücktritt des belgischen Generalkonsuls verursacht, daß 700 belgische Offiziere ihren Abschied erbeten haben, darunter allein 12 Generale. Der belgische Kriegsminister hat 620 Offizieren die beantragte Dienstentlassung erteilt. Auf dem Gute Kesz. 10/18 auf Rügen vernichtete ein Großfeuer in der vorvorangegangenen Nacht den Viehstall, 15 Pferde, 240 Schafe, 33 Rinder, 23 Schweine und 400 Zentner Getreide neben den Flammen zum Opfer. Wie die „Kokalanzeiger“ aus Stettin meldet, vernichtete auf dem pommerischen Rittergut Rensin im Kreise Greifenberg ein Brand drei große Wirtschaftsgebäude. Dabei sind 1400 Schafe verbrannt. In den Gruben bei Clermont-Ferrant starben gestern ein volljähriger Förderknecht ab. Es gab vier Tote und vier Schwerverletzte.

Matrosenmeuterei u. Revolutionsausbruch Aus dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß

Berlin. Der Reichstagsuntersuchungsausschuß zur Erforschung der Ursachen des Zusammenbruchs legte seine öffentlichen Verhandlungen fort. Das Wort erhielt sofort wieder der sozialdemokratische Abgeordnete **Dittmann**, um seinen abgebrochenen Bericht zu Ende zu führen. Dittmann erklärte, aus den Äußerungen hervorragender Persönlichkeiten gehe hervor, daß 1917 die Matrosenunruhen zu einer Waffe gegen die Linkssozialisten hätten gemacht werden sollen. Diese Tendenz habe die ganzen kriegsgerichtlichen Verfahren beherrscht.

Das Geständnis des Matrosen Calmus.

Am Morgen des 19. Oktober wäre vom Kriegsgerichtsrat Dr. Lösch beim Reichsmarineamt ein Telegramm eingegangen, dessen Fernstelle lautete: „Nach Geständnis des Angeklagten Calmus Hauptverhandlungstermin Mittwoch, den 10. Oktober. Es kommt Hochverrat in Frage gegen die Person Seiner Majestät, Urheber, nach Geständnis des Calmus, Reichstagsabgeordneter Dittmann und Ledebour im Verein mit Offizieren in deutscher Uniform, scheinbar englische und französische Offiziere. Calmus will Geständnis wiederholen in Hauptverhandlung.“ Calmus behauptet am 2. August während seines Urlaubes die U.S.P.-Zentrale in Berlin besucht zu haben. Auf der Treppe sei er von Dittmann abgefangen worden, und auf der Straße habe sich Ledebour zu ihnen gestellt. In einer sehr vornehm eingerichteten Wohnung seien sie von drei Offizieren erwartet worden. Man habe gegessen und getrunken und dann habe Ledebour den Plan der Marinemeuterei auseinandergesetzt. Dittmann habe ihm 5000 Mark für die Organisation an Bord versprochen. Außerdem sollte bei der nächsten Anwesenheit des Kaisers in Wilhelmshaven ein Attentat mit einer Höllemaschine verübt werden. Calmus würde 10 000 Mark Handgeld bekommen. Für seine Flucht sei alles vorbereitet. Nach dem Gelingen des Attentates sollte er noch das Zehnfache erhalten. Die Sache sei dem Calmus unheimlich geworden. Er sei aufgesprungen und habe mit gezogenem Revolver die Anwesenden aufgefordert, den Attentatsplan zu zerreißten. Das habe man auch getan. An diese abenteuerliche Geschichte hat Dr. Lösch fest geglaubt. Calmus wurde zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt. Später hat man mit ihm die Straßen in Berlin abgesehen, aber das Haus nicht gefunden, wo er gewesen sein wollte. Bei den folgenden eingehenden Vernehmungen stellte der Untersuchungsrichter fest, daß ich am 2. August, wo sich die Geschichte mit Calmus ereignet haben sollte, ebenso wie Ledebour, in Schweden gewohnt habe. Um mir Gewißheit über die Sache zu verschaffen, habe ich die jetzige Adresse des Calmus festgestellt und ihn im letzten Sommer aufgesucht. Er erklärte mir, daß es nur ein Ablenkungsmanöver gewesen sei.

Der Ursprung der Revolution.

Als auf Drängen Hindenburgs und Ludendorffs das deutsche Waffenstillstandsangebot herauskam, haben Heizer und Matrosen mit fiebernden Nerven auf jede Nachricht gewartet, die ihnen die Erlösung aus ihrer Schiffshölle in

greifbare Nähe rückte. In dieser Situation plante die Admiralität, auf eigene Faust einen Flottenvorstoß gegen England. Die Mannschaften haben ihn verhindert. Die Behauptung, daß die U.S.P. Schuld daran gewesen sei, ist falsch. Hinter dem Rücken der Reichsregierung und des Kaisers ist der Flottenvorstoß auf eigene Faust versucht worden. Das war offene Meuterei, war Hochverrat gegen die verfassungsmäßige Reichsregierung und gleichzeitig Landesverrat. Nunmehr rebellierten die Heizer und Matrosen gegen die Rebellion der Admirale. Der Flottenvorstoß mußte aufgegeben werden. Sofort wurden scharflose Verhaftungen von Heizern und Matrosen vorgenommen, aber die Mannschaften erzwangen mit Gewalt die Freilassung. Die Rebellion wurde zur Revolution. Sie war der Funke, der im ganzen Reiche und in der Armee die gleiche Explosion hervorrief.

Die Erwiderung des Reichsmarineamts.

Als Vertreter des Reichsmarineamts nahm Korvettenkapitän Canaris zur Erwiderung das Wort. Er erklärte zunächst, daß Vizeadmiral v. Trotha, der in der kritischen Zeit Chef des Stabes der Hochseeflotte war, die Behauptungen des Abg. Dittmann über die Zustände auf den Schiffen widerlegen und beweisen werde, daß bis zum Schluß in der Marine bis auf wenige Ausnahmen zwischen Offizieren und Mannschaften ein ausgesprochen vorzügliches, ungetrübtetes Vertrauensverhältnis bestanden hat. Korvettenkapitän Canaris suchte dann nachzuweisen, daß die Rädelsführer der Meuterei in der Flotte enge Beziehungen zu der U.S.P. hatten, und daß die von dort ausgehenden Einwirkungen ihnen den Rücken stärkten und ihnen das Material für ihre die Disziplin untergrabende Tätigkeit lieferten. Eine unmittelbare Verbindung zwischen diesen linksradikalen Gruppen und den Meutereern ist attennmäßig nicht erwiesen, aber diese Gruppen haben die Vorgänge in der Flotte verfolgt und zu ihrer Propaganda ausgenutzt. Eine exakte Trennung zwischen U.S.P. und den linksradikalen Gruppen in Bezug auf ihre Einwirkung auf die Flottenmannschaften wird sich nicht machen lassen. Beide Tendenzen sind ineinander übergegangen. Wenn das Kriegsgericht und die Untersuchungsrichter die unabhängigen Abgeordneten nicht als Zeugen gehört haben, so lag darin keine schuldhaftes Verschmämmis. Die Marineleitung hat aber die Gefahr nicht erkannt und hat alles in ihrer Macht Stehende getan, um die zuständige Berliner Stelle zu einem Eingreifen gegen die Abgeordneten zu bewegen. Die Flotte war überzeugt, daß ein unverzüglicher Zugriff zum Erfolg geführt hätte. Dieser unverzügliche Zugriff ist unterblieben. Diesenigen, die den Zugriff unterlassen haben, trifft die Schuld.

Zur weiteren Aufklärung der Vorgänge regte Korvettenkapitän Canaris die Vernehmung folgender Zeugen an: Vizeadmiral v. Trotha, die früheren Funktionäre der U.S.P. Sens, Herre, Büdeler und Giltz, Admiral v. Capelle, Vizeadmiral Hebbinghaus, Geh. Rat Fehlfisch, die Kriegsgerichtsräte Dr. Dobring und Lösch.

Einheitsfront von rechts bis links.

Der Protest des besetzten Gebietes.
Von Geh. Oberregierungsrat Dr. G. von Dryander,
Mitglied des Reichstages.

Die Stimmung des besetzten Gebietes ist in der Sitzung des Reichstagsausschusses für die besetzten Gebiete in Gegenwart des neuen Rheinlandministers Marx zum schärfsten und — was wichtiger ist — zu einem völlig einheitlichen Ausdruck gelangt. In keinem Teil Deutschlands wurden so geringe Erwartungen an Locarno geknüpft wie dort. Wenn der sozialdemokratische Abg. Kirchschmann seine Ausführungen mit den Worten begann, er und seine Freunde seien ohne jede Illusion nach Locarno gegangen, so gilt dies für das gesamte besetzte Gebiet. Auf Grund lebensjähriger Erfahrungen weiß das besetzte Gebiet, daß von Locarno nach Paris ein sehr weiter und von Paris nach Koblenz ein noch viel weiterer Weg ist. Und trotzdem wird man dem sozialdemokratischen Abgeordneten beipflichten müssen, wenn er fortfährt, die Enttäuschung im besetzten Gebiet sei noch erheblich größer, als er für möglich gehalten habe. Weder die Fortbauer noch die Handhabung der Besatzung sei mit dem Geist von Locarno vereinbar. Es will etwas sagen, wenn nach Mitteilungen der Regierung noch sämtliche Ordnungen, auch die zum Schutze des Separatismus, in Kraft sind, wenn die Reform der Militärjustiz nicht einmal begonnen hat und die Gendarmerie unermindert weiterbesteht.

Die Räumung der ersten Zone, die nicht einmal zu den „Rückwirkungen“, sondern zu den „Voraussetzungen“ von Locarno gehört, schreitet mit schmerzhafter Langsamkeit vorwärts. Der Regierungsvorsteher, Generalkommissar Dr. Schmidt, führte zum Beweis der sich vollziehenden Räumung im ganzen zwei Orte auf — er nannte Cleve und Siegburg —, die tatsächlich geräumt seien. Das Empörendste dabei ist doch, daß von einer Entlassung der zwei-



ten und dritten Zone vorläufig keine Rede ist. Sogar die französische Eisenbahnsektion (Section Rhenane) bleibt behaglich in Wiesbaden und nimmt dort 150 Wohnungen in Anspruch. Als der Regierungsvertreter mitteilte, daß in der Zeit vom 15. September bis 15. Dezember von rund 5400 beschlagnahmten Wohnungen mit 22500 Zimmern rund 100 freigegeben seien, rief ihm der Zentrumsabgeordnete von Guérard zu, daß jedoch zahlreiche Neubeschlagnahmungen vorgenommen seien, und der Regierungsvertreter gab zu, daß es sich jetzt (Erste Januar) vermutlich um ein nicht unerhebliches Plus an beschlagnahmten Wohnungen gegenüber der Zeit vor Socarno handle. Der demokratische Abg. Raschik konstatierte, daß die Maßnahmen der französischen Besatzungsbehörden in der Pfalz zum Teil einen „Rückfall in die schlimmsten Zustände vor drei Jahren“ darstelle. In Ludwigshafen erscheine ein neues Separatistenblatt, herausgegeben von einem Erwerbslosen, der sich als „Major“ der Separatistenarmee seinerzeit einen sehr läubigen Namen gemacht habe. Woher habe der Mann die Mittel, um ein neues Blatt zu begründen? Erzellenz Wallraf verlas die Londoner Meldung der Berliner „Vossischen Zeitung“, wonach „Deutschland niemals die Zugänge erhalten habe, daß die Besatzung auf die Stärke zurückgeführt werde, die der deutschen Truppenzahl im Rheinland vor dem Kriege entsprechen würde“. Der Kommissar des Auswärtigen Amtes wies nach, daß eine derartige Behauptung im schärfsten Gegensatz zu der nach Socarno ergangenen Botschafternote stehen würde. Zum Schluß vereinten sich sämtliche Parteien, von den Deutschennationalen bis zu den Sozialdemokraten, zu einem gemeinsamen Antrag, der die Regierung ersucht, „mit stärkstem Nachdruck und unter Anwendung aller Mittel“ darauf hinzuwirken, daß die Besatzung baldigt zurückgezogen und die Abstimmung im Saargebiet freigegeben werde, und daß bis zur Erreichung dieses Zieles die zugelegte Verminderung der Besatzung und die Verminderung in der Zahl der Garnisonorte usw. durchgeführt werde. Der Antrag fand bei Stimmhaltung der Kommunisten einstimmige Annahme. Die Deutschösterreichische Freiheitspartei war nicht vertreten. Man wird sagen müssen, daß im Reichstag seit vielen Jahren keine Sitzung stattgefunden hat, die eine derartige Einheitlichkeit der Auffassung in so eindrucksvoller Weise zum Ausdruck gebracht hätte.

Vertikale und sächsische Angelegenheiten.

Pulsniz. (Gewerkschaftsring Deutscher Angestellten- und Beamten-Verbände) Am Sonnabend fand im Saale des Herrnhauses ein öffentlicher Lichtbildvortrag statt, zu dem man mindestens aus den Reihen der im Gewerkschaftsring vereinigten Verbände zahlreiche Besucher erwartet hätte. Die Zahl der Besucher zu nennen würde beschämend sein. (Der Preis betrug laut Zeitungsanzeige nur 30 Pf.) Der Vortrag war in jeder Beziehung ein ganzes Werk eines Fachmannes. Der Vortragende, Herr Ingenieur Frommholz, Berlin, zeigt mit einer bewundernswürdigen Gründlichkeit, die sich auf genauestes Studium dieses Themas stützte, und mit einer anschaulichen, hochinteressanten Darstellungsweise eine der größten technischen Leistungen: Den Bau der Völschbergbahn und des Völschbergtunnels. Diese Vortragsweise, unterstützt durch zahlreiche und gute Lichtbilder fesselte die Besucher bis zum Schluß des Vortrages. Sein Thema, die geographische, technische und volkswirtschaftliche Seite dieses Wertes umfassend, zeigte einmal das Weltgeschehen im Spiegel einer Riesenarbeit, wie sie der Bau dieser Alpenbahn und dieses Tunnels darstellen. Ebenso treffend wußte er am Ende seines Vortrages die augenblickliche wirtschaftspolitische Lage zu kennzeichnen. Sein Wiederkommen ist ebenso wünschenswert wie ein bedeutend stärkerer Besuch dieser Veranstaltungen.

Franz Apel.

(Wenn man dem Hausbewohner die Zeitung stiehlt!) Ein Arbeiter in Duisburg hatte wiederholt einem Hausbewohner die Zeitung weggenommen. Das Schöffengericht verurteilte ihn wegen fortgesetzten Diebstahls zu 14 Tagen Gefängnis. Auf die Berufung des Staatsanwalts verschärfte die Strafkammer das Urteil auf einen Monat Gefängnis. Der Staatsanwalt hatte drei Monate beantragt.

(Die Frostperiode) der letzten Zeit scheint nunmehr vor ihrem endgültigen Abschluß zu stehen. Augenblicklich strömt vom Atlantischen Ozean warme Luft in solchen Mengen heran, sodaß es in England bereits zu starken Temperaturerhöhungen und Regenfällen gekommen ist. In den nächsten Tagen dürfte die Wärmewelle auch zu uns kommen. Nach einer merklichen Milderung der Temperatur wird sie in Deutschland zu einem allmählichen Uebergang in Tauwetter kommen.

(Wo bleiben die neuen Fünfmarsstücke?) Die neuen Rheinland-Fünfmarsstücke sind bereits in größerer Menge geprägt worden, gelangen aber nur in geringem Umfange in den Verkehr, da sie anscheinend gehamfirt werden. In ganzen sollen 6400000 Fünfmarsstücke hergestellt werden, von denen auf Berlin 3500000 Stücke entfallen. Die Ausprägung kann aber zur Zeit nicht in allzu schnellem Tempo vor sich gehen, da die Münzen zunächst noch größere Mengen Ein- und Zweimarsstücke herstellen müssen, um den Auffaugungsprozeß der Rentenmarkscheine zu beschleunigen. Bis jetzt sind in Berlin 700000 Stück geprägt worden.

(Keine Vergnügungsreisen nach Italien!) Der Andreas Hofer-Bund hat sich der Aufforderung des Deutschen Schulvereins angeschlossen, Vergnügungsreisen so lange einzustellen, bis die Deutschen in Südtirol von der italienischen Regierung und den sächsischen Organisationen wieder als vollwertige Staatsbürger behandelt werden. Der Senaer Philosoph Rudolf Eucken antwortete auf die Ein-

Es kam nun zu stürmischen Kundgebungen der Linken. Man rief Canaris Mörder! Helfershelfer! Feiger Lump! zu. Der Zentrumsabgeordnete Joos und der Demokrat Dr. Bergsträßer regten an, der Ausschuß möge über diese Fragen in einer geschlossenen Sitzung beraten. Diefem Vorschlag wurde zugestimmt.

Vizeadmiral von Brünninghaus zu den Ausführungen Dittmanns.

Vizeadmiral a. D. von Brünninghaus, jetzt Abgeordneter der Deutschen Volkspartei, hielt das Korreferat zu den Ausführungen Dittmanns. Er führte aus, Dittmann versuche, sich selbst und die U. S. P. D. zu entlasten. Er wolle die Sache so darstellen, als ob die U. S. P. D. von dem beabsichtigten Vorgehen der Haupttäufelührer auch nicht die leiseste Ahnung gehabt hätte. Herr Dittmann habe in seinem Referat selbst zugegeben, daß er die ihn besuchenden Matrosen ermunterte, kräftig für die U. S. P. und ihre Kriegsziele zu wirken.

Dittmann habe ferner den Versuch gemacht, die Revolution auf ein schlechtes Verhältnis zwischen Offizieren und Mannschaften zurückzuführen. In Wahrheit sei im allgemeinen das Verhältnis zwischen Offizieren und Mannschaften außerordentlich gut gewesen. Brünninghaus verliest ein Schreiben, das ihm von dem Posten der alten Besatzung des Linienschiffes „König“ am 31. Mai 1919 von Scapa Flow zugesandt wurde.

Dittmann müßten die Verhältnisse bei der Marine unbekannt sein, sonst hätte er nicht konkret unrichtige Angaben gemacht. Er führe die schlechte Verpflegung auf den Schiffen

auf die Menagekommissionen zurück, die nur aus Offizieren bestünden. Sie bestünden aber aus einem Offizier, einem Beamten, einem Zahlmeister, einem Unteroffizier und Obermatrosen. Dittmanns Angaben würden vollständig widerlegt durch die angeführten Tatsachen. Dittmanns Behauptung, die Revolution sei auf schlechte Verpflegung auf einigen Schiffen zurückzuführen, stünde auf sehr schwachen Füßen.

Der Abg. Brünninghaus schließt seine Ausführungen etwa folgendermaßen:

Ich möchte doch namens der alten Wehrmacht auf die schärfste Verwahrung dagegen einlegen, daß uns, die wir alle das Bestreben hatten, unser Vaterland zu retten, Motive untergeschoben werden, die nie in irgendeinem anständigen Offizier irgendwie Grund und Zweck gefaßt haben. Ich möchte Verwahrung dagegen einlegen, daß wir hier als Verbrecher am Vaterland hingestellt werden, während wir den ganzen Krieg nur in dem heißen Bemühen geführt haben, unser Vaterland zu retten. Ich finde es unerhört, daß im Reichstag dem ruhmgeliebten alten Heere derartige Unterstellungen gemacht werden. Wenn man die Offiziere als Verbrecher am Vaterland bezeichnen will, dann muß man auch die Mannschaften, die treu zu den Offizieren gestanden haben, mit dazu rechnen.

Dann vertagt sich der Ausschuß auf Montag, den 25. Januar: Fortsetzung der Entgegnungen auf den Vortrag des Abg. Dittmann und zwar zunächst Erklärung des Vizeadmirals von Trotta.

ladung zum internationalen Kongreß für sittliche Erziehung in Rom an Mr. Frederic S. Guold, den Einberufer des Kongresses in London: „Haben Sie verbindlichen Dank für die liebenswürdige Einladung. Aber ich bedaure, dieser Einladung aus prinzipiellen Gründen nicht folgen zu können. In direktem Widerspruch gegen elementare Gebote der Moral wird jetzt die deutsche Bevölkerung von Südtirol auf das schwerste von der italienischen Regierung unterdrückt. — Ich wäre ihnen dankbar, wenn sie diesen Grund meiner Verhinderung öffentlich aussprechen möchten.“

(Neue Eisenbahn-Verbindungen) Auf einer jüngst in Senftenberg stattgefundenen Besprechung wurde, wie wir vom Dresdner Verkehrsamt erfahren, insbesondere von ostsächsischer Seite der Wunsch nach einer Eilzugsverbindung zwischen Dresden und Berlin über Ramez, Senftenberg, Lützenau vertreten. Eine Reihe ostsächsischer Städte hat daran insofern reges Interesse, als diese Verbindung sie der Notwendigkeit überhebt, nach Berlin über Dresden zu fahren. Es wurden folgende Fahrzeiten in Aussicht genommen: Ab Dresden 6,50 vorm. Ankunft in Berlin 11,29 vorm. Auch den Berlinern, die die Werke in Ostfachsen besuchen wollen, soll eine neue Eilzugsverbindung geschaffen werden, die die Möglichkeit gibt, noch in den Vormittagsstunden nach Ostfachsen zu gelangen. Die vorgeschlagenen Fahrzeiten für diesen Zug sind ab Berlin 6,30 vorm., Lützenau 8,05, Ramez 9,25, an Dresden 11,00. Man einigte sich dahin, ein entsprechendes Gesuch an die Reichsbahndirektion Dresden durch die Handelskammer Cottbus zu richten.

(Zur Neubefetzung der lausitzer Superintenduren) schreibt der Sächs. Zeitungsdienst in Befestigung unserer bereits veröffentlichten Informationen: Bekanntlich hat die sächsische Landesynode auf ihrer letzten Tagung beschlossen, die alte Oberlausitzer Partikularverfassung, die bis in das Jahr 1635 zurückreichte, aufzuheben und dafür nunmehr auch für den Regierungsbezirk Bautzen die erblichkeits Ephoralverfassung einzuführen. Für die sächsische Oberlausitz wurden vier Ephoral- oder Kirchenbezirke gebildet, die sich im wesentlichen mit den Bezirken der vier Amtshauptmannschaften decken. Die Verwaltung dieser Kirchenbezirke liegt in den Händen der Ephoren und Superintendenten mit dem Sitz in Bautzen, Lützenau, Ramez und Zittau. Die Vererbung dieser liegt dem Landeskonfistorium zu, das sich zugleich durch Kirchengesetz das Recht vorbehalten hat, in den Fällen, wo in den vier Städten gleichzeitig eine Primariatsstelle zu besetzen ist, erstmalig auch diese Stelle von sich aus mit zu besetzen, da das Ephoralamt in der Regel mit dem Amte des ersten Pfarrers der betr. Gemeinde verbunden ist.

(Bahnbauten als Notstandsarbeiten.) Wie wir erfahren, haben die Abgeordneten Günther-Plauen, Wehrmann und Dr. Weigel mit Unterstützung der demokratischen Fraktion im sächsischen Landtag einen Antrag eingebracht, der die Regierung ersucht, bei der Reichsregierung dringlich dahin vorstellig zu werden, daß von der Reichsbahngesellschaft auf Grund der im Vertrag vom 31. März 1920 übernommenen Verpflichtungen die vom früheren Landtag beschlossenen Bahnbauten sofort als Notstandsarbeiten ausgeführt werden. — Es handelt sich in erster Linie um die Bahnbauten Lützenau—Cunewalde und Wurzen—Eilenburg.

(Obersteina.) Das Austragen des „Pulsnitzer Tageblattes“ in den Ortschaften Giedelsberg und Obersteina hat ab heute Herr Bernhard Nitsche in Obersteina Nr. 95 übernommen. Da bei einem Wechsel des Austrägers leicht Störungen im Austragen vorkommen können, bitten wir die Leser des Tageblattes und die, die es werden wollen, sich an Herrn Bernhard Nitsche wenden zu wollen.

(Dresden. (Der Arbeitsmarkt in Sachsen.) Das Landesamt für Arbeitsvermittlung veröffentlicht über die Lage auf dem sächsischen Arbeitsmarkt für die Zeit vom 10. bis 16. Januar 1926 folgenden Bericht: Die Arbeitsmarktlage zeigte in dieser Berichtswoche in allen Berufsgruppen das gleiche trostlose Bild wie in den Vorwochen. Ganz besonders ungünstig entwickelte sie sich aber weiter in der Metallindustrie, in der Holzindustrie und in der Gruppe für ungelernete Kräfte. Auch im Spinnstoffgewerbe ver-

verschlechtern sich die Verhältnisse von Tag zu Tag und im Baugewerbe mußten infolge des eingetretenen starken Frostwetters die angeforderten Maurer und sonstigen Bauarbeiter wieder entlassen werden. Die Zahl der unterstützten Erwerbslosen betrug am Ende der Berichtswoche 188 330 (155 092 männl., 32 337 weibl.) und die Zahl der Zuschlagsempfänger 180 496, sodaß seit dem 1. Januar 1926 eine weitere Erhöhung von 29 727 männl., 6406 weibl.) Hauptunterstützungs- und 25 058 Zuschlagsempfänger eingetretet ist. Von den Hauptunterstützungsempfängern, unter denen 9287 unter 18 Jahren enthalten sind, wurden 3215 als Pflichtarbeiten herangezogen. Außerdem waren noch 2 651 Notstandsarbeiter gemeldet.

Beratungen des neuen Reichskabinetts.

Berlin. Das Reichskabinetts ist am Sonnabendnachmittag zu einer Beratung über wissenschaftliche Fragen zusammengetreten. Im Anschluß daran wurde über den Inhalt der Regierungserklärung gesprochen. Die Regierungserklärung wird wahrscheinlich nur kurz sein und über die akuten Probleme der auswärtigen Politik, vor allem über den Zeitpunkt des Eintritts in den Bölkerbund sowie über wirtschaftspolitische und sozialpolitische Fragen möglichst nichts bringen, was schon jetzt den Anlaß zu scharfer Oppositionsstellung der Deutschennationalen und Sozialdemokraten geben könnte. Troßdem sieht man bei den Mittelparteien der Debatte und der Abstimmung nach der Regierungserklärung mit einer gewissen Besorgnis entgegen. Wenn die Deutschennationalen Volkspartei sich zu einer grundsätzlich ablehnenden Haltung entschließen sollte und das durch Annahme eines Misstrauensvotums ausbrücken würde, würde bei Stimmhaltung der Sozialdemokraten und der Wirtschaftspartei die Mehrheit vom Zufall abhängen.

Die Reichsregierung hat beschlossen, zu der vom Bölkerbund geplanten Vorkonferenz für eine Abrüstungskonferenz Vertreter zu entsenden. Sie wird dem Generalsekretär des Bölkerbundes in den nächsten Tagen eine entsprechende Mitteilung zugehen lassen. Die Delegierten sind noch nicht bestimmt.

Amtsantritt des Reichswirtschaftsministers Dr. Curtius.

Berlin. Reichsverkehrsminister Dr. Krohne verabschiedete sich von der Beamtenchaft des Reichswirtschaftsministeriums. Darauf begrüßte die Beamtenchaft den Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius, der bereits durch seine bisherige parlamentarische Tätigkeit weitestgehend gerade mit dem Reichswirtschaftsministerium zusammengearbeitet habe.

Aufhebung des Bismarzwanges zwischen Deutschland und Holland.

Berlin. Zwischen der deutschen und der niederländischen Regierung ist die gegenseitige Aufhebung des Sichtvermerkwanges mit Wirkung vom 1. Februar 1926 vereinbart worden. Von diesem Zeitpunkt an können Reichsangehörige das Niederlande und die niederländischen Staatsangehörigen das Reichsgebiet über die amtlich zugelassenen Grenzübergangsstellen jederzeit lediglich auf Grund eines gültigen Heimpassses ohne Sichtvermerk betreten und verlassen. Für Kinder unter 15 Jahren genügt an Stelle eines Passes ein amtlicher Ausweis über Name, Alter, Staatsangehörigkeit, Wohnort oder Dauer des Aufenthalts. Der Kinderausweis muß bei Kindern über 10 Jahren mit einem Lichtbild versehen sein. Im kleinen Grenzverkehr mit den Niederlanden sind weitere Paßvereinfachungen vorgesehen. Diese treten am 1. März 1926 ein.

Die Anschuldigungen gegen Korvettenkapitän Canaris.

Berlin. Die im Untersuchungsausschuß des Reichstages gegen den Korvettenkapitän Canaris erhobenen Anschuldigungen entsprechen, wie uns vom Reichswirtschaftsministerium mitgeteilt wird, nicht den Tatsachen. Sie sind schon vor Jahren erhoben, gerichtlich aufgeklärt und widerlegt worden.



Die Wirtschaftspartei und der Preisabbau.

Berlin, 24. Januar. Der Parteiausflug der Reichspartei des deutschen Mittelstandes hielt am Sonnabend und Sonntag in Berlin eine Tagung ab, die aus allen Teilen des Reiches stark besucht war. Nach Referaten der Abgeordneten Dr. Klant Köln, Schöpke Düsseldorf, Professor Dr. Bredt und Dremwig wurde nach ausgiebiger Debatte eine Entschliessung angenommen, in der es heißt: Die Reichspartei des Deutschen Mittelstandes unterstützt alle auf Preisabbau gerichteten Bestrebungen, betrachtet aber die bisherigen Maßnahmen nach dieser Richtung als verfehlt, weil sie die Ursache der allgemeinen Teuerung nicht berühren. Eine Preislenkung ist nach ihrer Auffassung nur möglich, wenn folgende Punkte berücksichtigt werden: 1. Befreiung und damit Befreiung der wertvollen Schichten von den Lasten eines übermäßig angeschwollenen Verwaltungskörpers. 2. Rückwärtslose Einschreiten gegen die Geldmangelwirtschaft. 3. Befreiung der Wirtschaft von jeder beherrschenden Reglementierung und damit von der Zwangswirtschaft auf allen Gebieten des Wirtschaftslebens, Einschränkung der Wohnungszwangswirtschaft unter Berücksichtigung entsprechender Uebergangsbestimmungen. 4. Wiedereinführung des Leistungsprinzips und damit Befreiung des gegenwärtigen Lohn- und Gehaltssystems, das die Tüchtigen herabdrückt und die Leistungen herabzieht. Der Parteiausflug beschloß dann noch die Einberufung einer Kommission zur Ausarbeitung eines umfassenden Programms und beschäftigte sich ferner mit organisatorischen und kommunalpolitischen Fragen.

Löbe unterfragt die Verbreitung der Dittmannschen Broschüre im Reichstag.

Berlin, 24. Januar. Wie der „Montag Morgen“ erfahren Kreisen hören, hat der Reichstagspräsident Löbe die Verbreitung der Broschüre des Abgeordneten Dittmann, die den Titel führt: „Die Marinejustizmorde vom Jahre 1917 und die Admiralsrebellion im Jahre 1918, dargestellt nach den amtlichen Geheimakten im Auftrag des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses über den Weltkrieg“ im Reichstagsgebäude unterfragt, da ein Auktions des Untersuchungsausschusses zur Abfassung dieser Broschüre nicht vorliegt.

Reform des Reichstagswahlrechtes.

Berlin, 25. Januar. Wie der „Montag Morgen“ erfahren will, sind im Reichstagsministerium des Innern nunmehr 6 Vorschläge für die Reform des Reichstagswahlrechtes ausgearbeitet worden. Der neue Vorschlag des Reichstagsministeriums sehe 250 Wählerkreise vor. Die Frage einer Herabsetzung des Wahlalters sei nicht berücksichtigt worden.

Französische Flugplätze auf deutschem Ackerland.

Köln. In der Gemeinde Kesternich bei Monschau haben die Franzosen einen großen Komplex Ackerland für die Errichtung eines Flugplatzes beschlagnahmt. Von den 362 Hektar Ackerland, die im Bereich der Gemeinde liegen, sind etwa 100 in Anspruch genommen worden. Alle Ansprüche dagegen sind ergebnislos geblieben, obwohl genügend Geld zur Verfügung steht.

Infolge der Maßnahme werden von den 150 Kleinbauern des Ortes, denen man die Acker weggenommen hat, fast 70 brotlos und zur Abwanderung gezwungen werden.

Vor einer Spaltung in der kommunistischen Partei Frankreichs?

Paris, 24. Januar. Der „Paris Post“ druckt an auffälliger Stelle eine Information ab, die besagt, daß innerhalb der französischen kommunistischen Partei starke Meinungsverschiedenheiten bestehen und alles auf eine Spaltung hindeutet. Eine Gruppe extremer Kommunisten habe sich bereits abgespalten und eine lange Liste an das Komitee der 3. Internationale in Moskau gerichtet, in der sie schwere Vorwürfe gegen die Führer der Partei erhebt, besonders im Zusammenhang mit der Politik der kommunistischen Partei Frankreichs in Bezug auf das Marokkoprobem.

Dr. Jarres Vorsitzender des Rheinischen Provinziallandtages.

Duisburg. Für den bevorstehenden Zusammentritt des neugewählten Rheinischen Provinziallandtages haben sich die Parteien der Arbeitsgemeinschaft und die übrigen Mehrheitsgruppen auf den bisherigen Vorsitzenden, den Oberbürgermeister Dr. Jarres aus Duisburg, für die Wiederwahl als Vorsitzenden geeinigt.

Der Siebente.

Roman von Elisabeth Vorharski.

24. Fortsetzung. Nachdruck verboten. Mit solchen Gedanken, elastischen Schritten, jeder Zoll der künftigen Gebieter, schritt er über den Hof dem Schloß zu, die Treppe hinauf und geradeswegs in das Zimmer, wo Seeger mit Karl Heinz beim Unterricht saß.

Ein unendlich verächtlicher Blick streifte den kleinen Bruder, der ihm durch Seeger entfremdet worden war, und der nun mit dem Ausdruck kindlicher Verehrung und Aufmerksamkeit zu seinem Lehrer aufsaß. Dann begegnete sein Blick dem Seegers.

„Nun, Eberhard“, fragte dieser gleichmütig, „hast du mir etwas zu sagen?“

In Eberhards Adern kochte das Blut wieder auf. „Ja, ich gab bereits den Befehl, meine Pferde von Stolzenau zurückzuholen. Sie können es sich mithin sparen.“

„So? Nun, ich hätte auch nicht daran gedacht, es zu tun, wenigstens nicht eher, als ich mit dir über einige Seeger wichtige Punkte Rücksprache genommen hätte“, erwiderte Knaben bis jener überlegenen spöttischen Ruhe, die den verächtlichen Lächeln hinzu, „wird Graf Stolzenau die Pferde nicht ausliefern.“

„Doch!“, rief Eberhard zitternd und erschreckt. „Er sollte sich hüten!“

„Vor dir?“

Der sonderbare Tonfall brachte den Knaben vollends außer sich.

„Ja, vor mir! Er hat nicht darüber zu bestimmen, sondern ich!“ schrie er wütend.

„Bedenke, daß er dein Vormund ist.“

„Barmhellig, ich will lache über ihn und finde es ernehmlich, sich mit ihm gegen mich zu verbinden! Aber ich werde es mit allen beiden auf. Ich bin hier auf Gerolstein der Herr, der zu befehlen hat, nicht Sie!“

„Du irrst dich“, erwiderte Seeger gelassen und annehmend von den ungezogenen Worten seines Zögling nicht besonders gerührt. „Solange du noch nicht gelernt

Verstärkung der französischen Rheinflotte.

Paris. Infolge der Ablösung der englischen Rheinflotte soll die französische Rheinflotte verstärkt werden. Es sind bereits ein Offizier und 27 Matrosen von Cherbourg nach Paris gekommen, wo sie mit anderen Abteilungen zusammengestellt und nach dem Rhein befördert werden sollen.

Die englisch-türkischen Mossulverhandlungen.

Paris, 25. Januar. Der „Temps“ meldet aus Konstantinopel, daß die Verhandlungen des englischen Botschafters mit dem türkischen Außenminister in Angora über die Mossulfrage nur vordringenden Charakter haben. Der Botschafter wird erst nach seiner Rückkehr nach Konstantinopel mit offiziellen Vollmachten ausgestattet werden, um abschließende Verhandlungen mit der türkischen Regierung zu eröffnen.

Cosidige gegen antideutsche Reden.

Washington, 23. Januar. Das Weiße Haus veröffentlichte eine Erklärung, nach der Amerikaner, die in Amerika oder in Deutschland über die deutsche finanzielle oder politische Lage Äußerungen machten, in keiner Weise vom Präsidenten Coolidge gedeckt werden würden. Der Präsident glaube nicht, daß es notwendig sei, sich über die Bestrebungen derjenigen Amerikaner zu äußern, die in ihren Reden Deutschland angriffen. Coolidge wolle jedoch keinen Zweifel darüber lassen, daß er die indiskreten Reden ungünstig aufnehmen. Der Präsident habe aus den Pressekommentaren ersehen, daß derartige Reden allgemein nicht begrüßt würden, und nehme an, daß die öffentliche Beurteilung solcher Reden dafür sorgen werde, daß sie künftig um Erlaßen würden.

Aus aller Welt.

Berlin, 24. Januar. (Riesel-Kohrbuch in Berlin-Duckow.) In Duckow ist am Sonntag mittag das Hauptquartier der Berliner Stadentwässerung, das zum hiesigen Rieselgut Waghmannsdorf führt, geplündert. Fast eine ganze Straße ist gehoben und teilweise ausgeflutet. Die Fluten stürzten sich auf die umliegenden Felder. Die Fluten stürzten nach einer halben Stunde etwa einhalb Meier unter Wasser, jedoch der Straßendruck unterdrücken werden mußte. Beamte der Stadt-Entwässerung versuchten durch Sperren der Zuführungsröhre den Wasserdruck zu mindern.

Mord an einem Kriminalkommissar. In letzter Zeit waren im schlesischen Kreise Münsterberg zahlreiche Brandstiftungen vorgekommen. Der in dieses Gebiet entsandte Kriminalkommissar Legin wurde jetzt in einem Garten des Dorfes Groß-Nossen erschossen aufgefunden.

Furchtbare Bluttat. Der 22jährige Landwirt Günther Schöne mann erschoss in Gramzow bei Wittenberge aus Eifersucht die beiden Töchter seines Onkels Wöhler, auf dessen Gut er als Eleve tätig war. Der Mörder verübte Selbstmord.

Zum Tode verurteilt. Das Schwurgericht in Syd verurteilte den Arbeiter Wilhelm Nowak, der im Dezember 1925 seinen Vater durch mehrere Revolvergeschüsse getötet hat, zum Tode.

Grausame Eltern. Ein Arzt in Villiers sur Marne (Frankreich) wurde zu einer Familie gerufen, wo er den Tod eines kleinen, sechsjährigen Knaben feststellen sollte. Der Arzt fand bei der Untersuchung des Knaben einen Schädelbruch vor, verbot die Bestattung der Leiche und benachrichtigte die Gendarmterie. Daraufhin wurde die Verhaftung der Eltern angeordnet. Es stellte sich heraus, daß der Vater des Kindes, das die Schule geschwänzt hatte, das Kind nach seiner Heimkehr so geschlagen hatte, daß es kurz darauf seinen schweren Verletzungen erlag.

Eine Verzweiflungstat. Wie aus Limoges (Frankreich) gemeldet wird, hat sich dort ein junger Mann das Messer selbst in die Brust gestochen, als er seine kleine Nichte, die er auf dem Arme trug, fallen ließ und nun glaubte, daß das Kind gestorben sei. Er liegt in hoffnungslosem Zustande im Krankenhaus darnieder, während das kleine Kind sich rasch von dem Fall erholen konnte.

Gefährlicher Flugzeugabsturz. In der Nähe von Barcelona (Spanien) stürzte ein Flugzeug ab und fiel zwischen die Zuschauermenge. Dabei wurden fünf Personen getötet, und eine große Anzahl erlitt ernste Verletzungen.

Kommunistenverhaftungen in Polen. In Lomza (Polen) wurde eine Zentrale der kommunistischen Partei aufgedeckt, die über ein weitestgehendes Netz von Zweigstellen verfügte. Große Mengen von Propagandamaterial, kommunistischer Organisationspläne und von sonstigem Partiematerial wurden beschlagnahmt. Die Polizei hat bei allen verdächtigen Personen Hausdurchsuchungen abgehalten und mehrere hundert Personen festgenommen. Etwa hundert Kommunisten wurden in die Gefängnisse eingeliefert.

Deutscher Reichstag.

147. Sitzung vom Sonnabend, dem 23. Januar.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst die 20 zurückgestellten Abstimmungen zum Reichshaushaltsplan. Das von den Sozialdemokraten geforderte Reichsmilchgesetz wird abgelehnt. Angenommen wird ein Antrag Stegerwald (Zentr.), der Erleichterungen für die Landwirtschaft fordert, und ein Antrag Leicht (Bayer. Vp.), der für die landwirtschaftlichen Genossenschaften und den legitimen Handel billige Kredite verlangt.

Das Haus wandte sich darauf dem sozialdemokratischen Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses für die Untersuchung der Feme-Organisationen zu.

Abg. Saenger (Soz.) nennt es eine Aufgabe der Volksvertretung, die Femeerde aufzuklären. Der Zentrumsabgeordnete Neumann nimmt den deutschen Richterstand in Schutz. Der Kommunist Scheller fordert vor allem Feststellung der Hintermänner der Femeorganisationen.

Kunstleben in Pulsnitz.

Am letzte Theaterabend kam Hermann Sudermanns „Schmetterschlacht“ zur Aufführung. Daß man gerade zu Sudermann greift, dessen eigentliche Bedeutung nur auf dem Gebiete des Familienromanes liegt und der als Dramatiker mit seinen technisch zwar meist vorzüglich aufgebauten Stücken auf geräuschvolle Bühnenfolge hinarbeitet, ist vielleicht nur insofern zu verstehen, als man bemüht sein möchte, diese sicheren Bühnenerfolge seiner Stücke auch als eigene auszuwerten. Führende Theater der Großstädte bringen Sudermanns Stücke nur höchst selten heraus. Selbstverständlich ist bei jeder Aufführung das „Wie“ von großer Bedeutung, wenn auch übermoderne Bühnen den Gegenbeweis gern zu bringen versuchen. Dem ersten Theaterfreund werden jedoch die Beweise stets Scheinbeweise sein.

Das „Wie“ der letzten Aufführung verdient wiederum Anerkennung der ersten Arbeit. Man brachte erneut den Beweis hoher Leistungsfähigkeit in den Einzelrollen und im Zusammenspiel. Von überragend schauspielerischer Kraft war Anna Schendler in der Gestalt als Frau Hergentheim. Ihre Darstellung ist stark überzeugender Natur bei feinsten Nuancierungen. Wengleich sicher, doch farblos und gleichlaufender im Gesamtansatz war Josef Dellar als Eise. Sie schien dieser Rolle, die hohe Wandlungsfähigkeit fordert, nicht gewachsen. Josef Grass brachte alles mit, was man an überragenden Momenten an einer in überschwenglichen Backfischideen und von seelischen Kämpfen durchwühlten Mädchenseele nur irgendwie beobachten kann. Die Gestalt Winkelmanns, als die eines in übertriebenen Mammonsdienste stehenden Kaufmannes, der sich seinem Sohne innerlich entfremdet hat, mimte Hugo Mättig mit allen zu Gebote stehenden Mitteln. Diese große Kunst zwischen Vater und Sohn illustrierte Artur Georgi als der weltfremde und menschenscheue Sohn fast in übertriebener Weise. In Ebelins Reisenden verkörperte sich der bekannte Typ des echten Geschäftsreisenden, der bei „frecher Beschäftigung“ seinen persönlichen Vorteil stets zu wahren weiß. Gertrud Brendler, William Schwarz, Franz Dehmlig und Friedrich Hanak in den Nebenrollen unterstützten wirksam den Verlauf der Handlung. Bedauerlicher Weise konnten die Künstler, die in der Tat jene Fähigkeiten zeigten, wie man sie an Künstlern erster Großstadttheater oft bewundert, den Beifall eines nur schwach besetzten Hauses ernten. Fast schon ist es, als wenn das sonst so theaterfreundliche Publikum den Wert guter Theaterkunst mißachte. Oder sollte sich neben der allgemeinen wirtschaftlichen Lage, die unstrittbar zur Einschränkung in jeder Beziehung zwingt, auch eine gewisse Anspruchslosigkeit im Kunstgenuss bemerkbar machen? Dann wären allerdings auch die ernstesten Bemühungen dieses Ensembles hoffnungslos und unsere Stadt müßte dann bald auf gute Theaterabende verzichten.

Franz Kpel.

haft, dich selbst zu jügel, solange du dich noch so widerpenftig und ungebärdig beträgst, wie eben jetzt, habe ich dir zu befehlen.“

„Das — das wollen wir sehen!“ rief Eberhard und rannte hinaus, die Tür krachend hinter sich ins Schloß werfend.

Seeger strich über den Kopf des Kleinen, der ganz verängstigt und von der leidenschaftlichen Unart des Bruders eingeschüchtert war. „Du bist ein braver, lieber Junge — aber Eberhard soll auch einer werden — verlaß dich darauf.“

Eberhard stürmte unterdes im Vorgefühl seines Triumphes dem Stall zu. Franz mußte nun wohl schon zurück sein.

Richtig, da stand er schon.

„Nun, Franz — sind sie da?“ rief er mürrer.

Der Reitknecht würgte an den Worten, als läße ihn ein Kloß im Halse.

„Der Herr Graf Stolzenau lassen sagen, daß er die Pferde nur auf den direkten Wunsch Herrn Seegers herausgibt, und daß ich zuerst eine Bescheinigung.“

„Was — as?“ unterbrach ihn Eberhard, ganz von Sinnen vor Schreck und Zorn. Er war totenbleich geworden. Aber dem Knecht seine tiefe Demütigung zeigen? Nein!

„Gut!“ seine Stimme klang heiser. „Das Weitere wird sich finden.“

Damit ging er stolz erhobenen Kopfes davon. Erst in seinem Zimmer, das er hinter sich abschloß, brach er in bittere, trostlose Tränen aus.

„Nun muß ich aber in den nächsten Tagen nach Gerolstein und mir den neuen Hauslehrer ansehen“, sagte Graf Aribert zu den Seignen. „Donnerwetter, das muß ein Kerl sein!“

Wagt es, Eberhards Pferde fortzuschicken, weil der Bengel den ganzen Tag nichts anderes tut als Reiten. Nun, ich werde mich schon hüten und sie ihm hinter seines Erziehers Rücken auszuliefern; solange ich keine Gegenorder von Waltraut erhalte, schon gar nicht. Ich wundere mich eigentlich, daß es noch nicht geschehen ist. Sie kann es doch

sonst nicht mit ansehen, wenn ihrem Liebling eine Kränkung zugefügt und sein Wille nicht erfüllt wird. Vielleicht sieht sie diesmal die strengen Maßnahmen dieses Siebenten als notwendig an. Zu wünschen wäre es. Der scheint den Jungen ordentlich an die Kandare zu nehmen. Not tat's freilich längst. Verdurstet ist er, gottlob, auch noch nicht. — Habe mich in der Befürchtung bis jetzt noch nicht nach Gerolstein getraut. Jetzt bin ich aber doch neugierig. Nur die Pferdegeschichte will ich noch abwarten. Sie könnte doch sein, Waltraut würde mich bestimmen wollen, die Pferde herauszugeben, und damit wäre der gute Anfang wieder gründlich verderben.“

Graf Ariberts Geduld wurde auf eine längere Probe gestellt, als er erwartet hatte. Noch immer standen die Gerolsteiner Pferde in seinem Stall und harrierten vergeblich der Abholung.

Auf Schloß Gerolstein herrschte in diesen Tagen eine schwüle Stimmung. Eberhard hatte nach dem ersten Ausbruch seiner Gefühle wieder Ruhe gefunden bei seiner Mutter gesucht, aber zu seinem größten Staunen fand er sie, die ihm bisher jeden Wunsch und Willen erfüllt hatte, merklich fest. Seiner stürmischen Bitte, Seeger sofort zu entlassen, begegnete sie mit einem Kopfschütteln, und als er dringender wurde, fing sie an zu weinen. Das entwarfnete seine Heftigkeit sofort; er küßte ihre Hand und streichelte sie. Aber hinterher verschloß er sich trotzig in seinem Zimmer und kam selbst zu den Mahlzeiten nicht zum Vorschein.

Waltraut grämte sich und fand doch nicht den Mut, den Wunsch ihres Sohnes zu erfüllen. Die ruhig gelassene, ihn gegenüber stets zuvorkommende, höfliche Art Seegers beängstigte ihren Zorn und ließ sie die rechte Einkleidung zu einer Kündigung nicht finden. Er würde sie vielleicht ganz befremdet und verständnislos, oder auch so spöttlich wie neulich, als sie Eberhards Partei nahm, ansehen. Nein, dem durfte sie sich nicht wieder ausgeben. Sie begnügte sich damit, ihn so viel wie möglich zu ignorieren und während der beiden kurzen Mahlzeiten nur das Nötigste mit ihm zu sprechen.

(Fortsetzung folgt.)

